

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zusätzlich Postgebühren. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Postämter und Postfachstellen, nehmen zu gegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Druck zu verschieben. Abbestellung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wilsdruffer Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6
Anzeigenpreis: die 4-spaltige Raumzeile 20 Kpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 1-spaltige Reklamazeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Bogenpreise nach Möglichkeit annehmen bis norm. 10 Ubr. durch Fernruf übermittelten Anzeigen über, wie keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 295 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkshd.: Dresden 2640 Sonnabend, den 17. Dezember 1932

Gehemmter Fortschritt.

Wieder einmal: der 13. — „Was du nicht willst, daß man die tu“... — Die Wirtschaft im Angriff.

Wer abergläubisch ist, konnte während der letzten Jahre in so manchem Geschehen der Weltgeschichte, das am 13. vor sich ging, so etwas wie eine Bestätigung finden. Und wieder ist es ein 13. gewesen, an dem wichtigstes weltgeschichtliches Geschehen erfolgte: Der Entschluß des französischen Parlaments, den Schuldenzahlungsvertrag mit Amerika nicht zu erfüllen. Denn dieser Entschluß stand bereits am 13. fest, als Herriot die Rednertribüne bestieg, um wenigstens zu erreichen, daß Frankreich unter denselben Vorbehalten oder Bedingungen zahle, wie England. Der sich diesem entgegensetzende Entschluß der Kammer war nur der Punkt auf dem 1. das am 13. geschrieben worden war. Und das ist auf den Tag genau geschehen, vierzehn Jahre, nachdem Woodrow Wilson 1918 den französischen Vorden betrat, um dem kriegsjährlichsten Europa den Frieden zu geben, den er vielleicht wollte, den die europäischen Großmächte England, Frankreich und Italien aber nicht zuließen. Durch sein Eingreifen in den Krieg hatte er diese Mächte gereizt und zum Erfolg geführt. — und nun wollen dieselben Mächte nur sehr ungern oder, wie Frankreich und Belgien, gar nicht die Kosten ihrer Errettung bezahlen.

Wenn jede dieser europäischen Mächte sich jetzt grundsätzlich auf den Standpunkt stellte, aus naheliegenden weltwirtschaftlichen Ursachen und Erwägungen heraus überhaupt keine Kriegsschulden mehr bezahlen zu wollen, so muß man deutscherseits doch wohl in aller Bescheidenheit darauf aufmerksam machen, daß man uns gegenüber auf der Lausanner Konferenz sich von dem Vorhaben nicht abdrängen ließ, uns eine Restzahlung von 3 Milliarden Reichsmark als Tribute aufzuerlegen. Wenn dabei die Einschränkung gemacht worden ist, daß diese Restzahlung erst erfolgen soll, wenn und sofern wir zahlungsfähig auf Grund eines sichtbaren wirtschaftlichen Aufschwunges werden, so ändert das nichts an der grundsätzlichen Forderung Frankreichs, daß wir eben auch in Zukunft noch eine Tributzahlung tragen und leisten sollen. Und schließlich können die Franzosen und Belgier nicht daran vorbeigehen, daß ihrerseits eine Nichterfüllung von Verträgen mit Amerika vorliegt. Es erhebt demgegenüber nicht eines gewissen pikanten Reizes, wenn der Herr der Franzosen, der amerikanische Präsident Herriot höchstpersönlich und ausdrücklich versichert, daß Deutschland niemals bindende Unterschriften offen verweigert habe! Das Hoover-Festjahr ebenso wie die Lausanner Beschlüsse gingen von einem deutschen Nichtzahlen können aus; was Amerika aber jetzt der französischen und der belgischen Regierung zum Vorwurf macht, ist nichts anderes, als daß diese Länder zwar zahlen könnten, aber nicht zahlen wollen.

Daß die Lausanner Beschlüsse nicht zu einer Streichung der deutschen Tributzahlung führten, sondern an jener Restsumme von drei Milliarden festhielten, daß außerdem ihre Ratifizierung abhängig gemacht wurde von einer „betriebliehen Regelung der Kriegsschulden in Amerika“, war beides wieder einmal, genau so wie beim Hoover-Festjahr, Ursache dafür, daß der als Folge von Lausanne erwartete weltwirtschaftliche Fortschritt und Anstieg gehemmt und gebremst worden ist; auch hier wiederum trug Frankreich die Schuld an dieser Störung. Und daran kann man wohl auch die zweite Feststellung schließen, daß nun bei einer Regelung der Kriegsschulden Amerika auf das verwiesen wird, was in Lausanne beschlossen wurde und wie dies zustande kam. In der Hauptauschussführung des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat der Vorsitzende, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, gerade diese drei Feststellungen zum Ausgangspunkt seiner programmatischen Ausführungen über Lage und Zukunft der Wirtschaft gemacht und mußte nun wieder einmal beklagen, daß leider die auswirtschaftlichen Wünsche und Ädte nur im Zusammenhang mit der Regelung auch der außenpolitischen Fragen in Ordnung gebracht werden können. Diese nicht wegzuleugnende Verknüpfung läßt eben einen bald stärkeren, bald weniger merkbaren, aber doch immer vorhandenen Druck aus auf den Willen zur wirtschaftlichen Besserung. Fast scheint es, als führe diese wirtschaftliche Umgebung einen hoffnungslosen Kampf gegen außenpolitische Hemmungen, obwohl man, wie Dr. Krupp von Bohlen und Halbach feststellen zu dürfen glaubte, „zweifelslos etwas hoffnungsfreudiger in die Zukunft schauen kann, als es noch in der ersten Hälfte dieses Jahres der Fall war“.

Gerade darum vermied es auch der neue Reichskanzler von Schleicher in seiner Programmrede mit betonter Ausdrucksstärke, in diese wirtschaftspolitische Entwicklung einen Anlauf hineinbringen zu wollen. Vielmehr erklärte er — was übrigens auch nicht anders zu erwarten war —, daß sein Wirtschaftsprogramm grundsätzlich eine Fortsetzung der wesentlichen Teile, vor allem aber der Idee

Französische „Vertragstreue“.

Störungsfeuer gegen die Gleichberechtigung.

Frankreich rückt offen von der Fünf-mächtevereinbarung ab.

In Genfer internationalen Kreisen erregt eine Denkschrift der französischen Abrüstungsabordnung, in der gegen die amtliche deutsche Auslegung der Fünf-mächtevereinbarung vom 12. Dezember Stellung genommen wird, großes Aufsehen. Diese Denkschrift, die einzelnen Genfer Stellen vertraulich übermittelt worden ist, deckt sich inhaltlich fast vollständig mit der von der halbamtlichen Havasagentur am 15. Dezember veröffentlichten Stellungnahme.

Die Denkschrift sucht im wesentlichen die Fünf-mächtevereinbarung in allen Punkten zu entwerthen und betont, daß selbstverständlich im Falle eines Scheiterns der Abrüstungsverhandlungen der Versailler Vertrag weiter unbeschränkt in Kraft bleibe, daß ferner die Gleichberechtigungsforderung Deutschlands in unauflösbarer Zusammenhang mit der Regelung der Sicherheitsfrage gebracht sei und die Gleichberechtigung wie auch die Sicherheit keineswegs Ausgangspunkt, sondern lediglich eines der Ziele der Abrüstungskonferenz sei. Die deutsche Regierung habe ihre Forderung auf Anerkennung der qualitativen Gleichberechtigung und der gleichen Weltgeltung des kommenden Abrüstungsabkommens nicht durchgeführt. Teil V des Versailler Vertrages werde nur dann abgeändert werden, wenn das künftige Abrüstungsabkommen von sämtlichen Signatarstaaten des Versailler Vertrages unterzeichnet und auch ratifiziert worden sei.

Dieses planmäßige französische Vorgehen wird in allen unterrichteten Kreisen als ein offenes Abbrechen der französischen Regierung von der Fünf-mächtevereinbarung bewertet. Der Protest der kleineren Mächte im Hauptauschuss der Konferenz kann daher nur als der Auftakt zu einem planmäßigen französischen Vorgehen zur Entwertung der gesamten Fünf-mächtevereinbarung angesehen werden. Die deutsche Regierung wird unter Berücksichtigung dieser Lage entscheidenden Kampf auf der bevorstehenden Jannartagung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz aufnehmen müssen.

Kaum ist die Tinte der französischen Unterschrift unter der Genfer Einigungsformel über die deutsche Gleichberechtigung trocken geworden, da setzt schon das halbamtliche Störungsfeuer des französischen Auswärtigen Amtes oder wahrscheinlich der französischen Militärs mit Verdrehungen und Wortschleibungen ein. Die „Geißelzeit der Verträge“, die für Frankreich eine so große Rolle spielt, wenn es aus ihr für sich Kapital schlagen kann, verflüchtigt sich sofort in Schall und Rauch, wenn diese Abmachungen für es unbequem werden. Nachdem Amerika und England dies auf finanziellen Gebiete erfahren haben, geben die jetzigen Ausführungen zum Genfer Abkommen eine neue Illustration zur „Vertragstreue“ Frankreichs. Frankreich scheint aller Welt immer wieder erneut zeigen zu wollen, daß es verlagert, wo große Politik am Zuge ist, und daß es nur Meister ist in den Winkelzügen kleinlichen Krämergeistes.

Ein Kabinett Chaumemps-Herriot?

Der vom französischen Staatspräsidenten mit der Neubildung der Regierung beauftragte frühere Innenminister Chaumemps gab die Erklärung ab, daß er ohne Herriot kein Kabinett bilden werde. Im Mittelpunkt seiner Erwägungen steht nach wie vor sein Freundschaftsverhältnis zu Herriot. Chaumemps ist bestrebt, eine Brücke zwischen der von Herriot vertretenen Auffassung in der Schuldenfrage und der Haltung der Kammer zu bauen. Die Mitglieder des Finanz- und des Auswärtigen Ausschusses der Kammer haben die Stimmung des Parlaments sondiert und Chaumemps von dem Ergebnis ihrer Unterredungen mit zahlreichen Abgeordneten unterrichtet.

des Wapen-Planes sein wolle und sein werde. Dr. Krupp von Bohlen und Halbach hat diese Idee damit umschrieben, daß in unserem Wirtschaftsleben „die noch vorhandenen lebendigen Kräfte gekürzt werden müßten, und daß die wesentlichsten dieser Kräfte die persönliche, privatwirtschaftliche Initiative“ sei. Als Herr von Schleicher vor seiner Ernennung zum Reichskanzler stand, glaubte man, vor seinen „planwirtschaftlichen“ Ideen warnen zu müssen. Diesen Bedenken suchte er in seiner Rede zu begegnen. Die Stärkung der persönlichen Energie, Entwicklung der persönlichen Leistungsfähigkeit und Steigerung

Tagung des Auswärtigen Ausschusses.

Im Reichstag versammelte sich der Auswärtige Ausschuss unter dem Vorsitz des Nationalsozialisten Dr. Fried. Der Sitzung wohnten neben dem Außenminister Staatssekretär von Bülow, Vizepräsident Klobinski, Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk, zahlreiche Beamte des Auswärtigen Amtes und eine Reihe von Ländervertretern bei. Zunächst erstattete Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath einen Bericht über die außenpolitische Lage.

Im zweiten Teile seiner Rede beschäftigte sich Minister v. Neurath ausführlich mit den Genfer Abrüstungsverhandlungen. Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk machte im Anschluß daran einige ergänzende Bemerkungen über das Abkommen von Lausanne. Dann begann die Aussprache, die sich im wesentlichen zunächst mit Lausanne beschäftigte. An ihr beteiligten sich die Abgeordneten Graf Reventlow (Nat.-Soz.), Dr. Quast (Din.), Dr. Birih (Ztr.), Rosenberg (Nat.-Soz.) und Dr. Neubauer (Komm.).

Noch keine Auskunft über die Finanzlage.

Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk hat dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Reichstages mitgeteilt, daß er sowie der Reichsarbeits- und der Reichswirtschaftsminister zu der für Montag anberaumten Sitzung des Haushaltsausschusses nicht kommen könnten, um über die Finanzlage Auskunft zu geben, da sich die Haushaltslage mit Rücksicht auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm bis dahin noch nicht genügend überblicken lasse.

Hugenberg beim Reichskanzler.

Dr. Hugenberg wurde vom Reichskanzler v. Schleicher empfangen. Der Kanzler besprach mit dem Führer der Deutschnationalen die gesamtpolitische Lage.

Papen spricht im Herrenklub.

Über den Sinn seiner Regierungspolitik.

Anlässlich des traditionellen Jahresessens des Berliner Herrenklubs hielt der frühere Reichskanzler v. Papen eine Ansprache. Er führte aus, daß er mit besonderer Freude die Gelegenheit ergreife, inmitten dieses Kreises zu sprechen, der den Zeitpunkt von Angriffen der Opposition gewesen sei. Er nahm Stellung zu Sinn und Ziel der Politik der bisher von ihm geführten Regierung. Er erläuterte die Notwendigkeit einer „grundständig neuen Staatsführung“, über die er zu Beginn seiner Regierung gesprochen habe. Der Weimarer Gesetzgeber habe die uralte Erfindung vernachlässigt, daß Regierungsgewalt und Kontrolle der Volkvertretung zwei völlig getrennte Dinge sein müßten. Gewiß sei es richtig, daß die Schaffung von Arbeit und Brot das Primäre seien. Aber der Umbau unserer Wirtschaft und die Genesung unserer sozialen Verhältnisse hätten zur Voraussetzung ein gesundes konstitutionelles Leben, das Kernstück der Verfassungsreform sei die Neuordnung der Willensbildung zwischen Reich und Ländern.

Das Programm der verstorbenen Reichsregierung habe ein einheitliches Ganzes gebildet. Die Voraussetzung für die Erfüllung aller Aufgaben sei die Stabilisierung des eigenen sozialen und wirtschaftlichen Gleichgewichts. Diesem Ziel habe die Bekämpfung der Wirtschaftskrise durch die Belebung der Privatinitiative gedient. Erst in innerlich ins Gleichgewicht gebrachtes Deutschland werde auch die internationale Gleichberechtigung erkämpft und die verloren gegangene Souveränität zurückerobert können. Sein Freund und Nachfolger im Kanzleramt habe eine kluge und sachliche Politik entworfen. Die Klugheit des Kanzlers wie die Sachkenntnis und Energie seiner Mitarbeiter verdienten volles Vertrauen für den Weg, den sie eingeschlagen hätten. Das politische Leben erfordere gewiß wechselnde Methoden, aber es fordere auch bleibende Grundsätze. Es sei sicher, daß über aller Taktik, die die Stunde verlangen möge, auch die neue Reichsregierung die grundsätzlichen Ziele unverändert im Auge behalten werde.

des Gedächtnisses der eigenen Verantwortung sind in der Tat die entscheidenden geistigen Mittel, mit denen die Privatwirtschaft auch in Zukunft imstande sein wird und imstande sein muß, die menschlichen Bedürfnisse besser als jedes andere Wirtschaftssystem zu befriedigen“, äußerte Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, — und für den jetzigen Reichskanzler als Soldat und ehemaligen Führer im Weltkrieg sind gerade diese Worte, die hier auf die Wirtschaft angewandt werden, nichts anderes als Forderungen, die er damals an den Soldaten stellte, jetzt an die Kämpfer im Wirtschaftskriege stellen muß. Dr. Dr.